



# VAdM-Kurier

31. Ausgabe: Februar 2022

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur  
31. Ausgabe unseres  
„VAdM-Kuriers“  
im Februar 2022

## Inhalt:

editorial	Seite 1
Presseauszug zur Mittelkürzung für die deutsche Minderheit in Polen	Seite 2
Bundeskanzler muss deutsche Minderheit in Polen besuchen	Seite 3
Das Wesen der Covid-Impfstoffe	Seite 4
Bessarabien: Ein historisches Überblick	Seite 5
Neues aus dem Osten	Seite 7
Preußen: Ein historischer Staat wurde vor 75 Jahren aufgelöst	Seite 9
Die Reichsgründung 1871 (Teil 9)	Seite 10
Gedenken: Der 4. März 1919	Seite 12
Buchbesprechung: Verschiedenes/Hoh(I)spiegel/ Impressum	Seite 14 Seite 15

## editorial

Am 1. August 1975 wurde in Helsinki die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet. Für die Bürger der von Kommunisten geführten und gegängelten osteuropäischen Staaten war dies ein Hoffnungsschimmer: Der Westen erhoffte sich mehr Sicherheit und der Osten versprach seinen Bewohnern mehr persönliche Freiheiten (Ausreise- und Reisemöglichkeiten). Ohne Kompromisse von *beiden* Seiten wäre es zu diesem Jahrhundertfriedenswerk nicht gekommen.

Wenn man hingegen die starre Haltung der westlichen Verteidigungsbündnisse betrachtet, Rußland eine entsprechende Sicherheitszusage zu geben, die erwartete Kompromißbereitschaft aber bloßes Lippenbekenntnis bleibt, dann wünscht man sich die *Aufbruchstimmung* von 1975 wieder zurück.

Den neuesten Agenturmeldungen zufolge hat der russische Staatschef Wladimir Putin die beiden separatistischen Provinzen in der Ostukraine anerkannt und ihnen militärische Hilfe versprochen.

Vadim Derksen

Herbert Karl



Am 20. Februar jährte sich der 212. Todestag von Andreas Hofer aus St. Leonhard in Passeier in der Grafschaft Tirol.

Hofer führte den Freiheitskampf der Tiroler gegen die bayerischen und französischen Besatzer Tirols. In Mantua, fern seiner Heimat wurde Andreas Hofer hingerichtet.

Schloß Tirol im Passeiertal, im gleichnamigen Ort nördlich von Meran gab der Grafschaft ihren Namen (Foto)

Die „Preußischen Allgemeine Zeitung“ vom 13. Januar 2022 greift die Thematik der polnischen Finanzmittelkürzungen für die deutsche Minderheit auf:

„Östlich von Oder und Neiße:

## Fachwissen über Polnischunterricht in der Bundesrepublik fehlt

**Deutsche Minderheit wehrt sich gegen Kürzungen von Mitteln für den Deutschunterricht in Schulen, die der Polonia zukommen sollen**

Chris W. Wagner

Es regt sich zarter Widerstand in den Reihen der Deutschen Minderheit gegen die Entscheidung des polnischen Parlaments, die Bildungssubvention für Deutschunterricht als Muttersprache zu kürzen beziehungsweise zu Gunsten der Polonia in der Bundesrepublik abzuschaffen.

In einer Pressekonferenz Ende Dezember in Oppeln [Opole] haben neben Vertretern der Deutschen Minderheit auch Sprecher der Bewegung „Polska 2050“ ihren Unmut über die Kürzung kundgetan. Die Kürzungen treffen vorwiegend Schüler der beiden oberschlesischen Woiwodschaften. In der Woiwodschaft Oppeln lernen knapp 30.000 Schüler Deutsch als Muttersprache, was mehr als 46 Prozent aller Kinder ausmacht, in der ostoberschlesischen „Woiwodschaft Schlesien“ sind es 21.000, was 40 Prozent aller Schulkinder ausmacht.

### 46 Prozent der Schüler in Oppeln haben Deutsch als Muttersprache

Rafał Bartek, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln und Mitglied des Oppelner Sejmiks (Landtag) sprach vom Alleinstellungsmerkmal der Region, das aus der kulturellen und sprachlichen Vielfalt resultiere. „Diesen Reichtum wollen wir an nachfolgende Generationen weitergeben, denn er bietet die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung. Darauf bauen wir unsere regionale Identität auf“, so Bartek. Piotr Sitnik sprach als Schulleiter einer Fachschule in Kreuzburg [Kluczbork]. Es gebe viele deutsche Unternehmen, so Sitnik, die dringend junge Menschen mit Deutschkenntnissen suchten.

Die gesellschafts-politische Bewegung um den liberalen Politiker, Journalisten und Publizisten Szymon Hołownia, „Polska 2050“ hat am 29. Dezember eine Anfrage an das polnische Außenministerium gestellt, „denn in der Begründung der Kürzungen hieß es, der Polnischunterricht in der Bundesrepublik Deutschland würde nicht von der deutschen Regierung finanziert. Daher fragen wir das Außenministerium, woher es solche Erkenntnisse zieht und welche polnischen Verbände in Deutschland solche Probleme signalisieren würden“, sagte Michał Gramatyka von „Polska 2050“.

Derweilen meldeten sich Vertreter der Polonia in Deutschland selbst zum Thema. In einem Schreiben an Polens Bildungsminister Przemysław Czarnek zeigt man sich erstaunt, vermeintlich vorteilhafte Lösungen für in der Bundesrepublik lebende Polen zu präsentieren, ohne die aktuellen Bedürfnisse der polnischen Gemeinschaft und deren komplexe Situation abgesprochen zu haben. „Unsere Stellung bestätigt die Tatsache, dass der Tätigkeit der polnischen Regierung sowie der öffentlichen Verwaltung der Republik Polen bezüglich der Fragen der polnischen Gemeinschaft in Deutschland aktuelle Studien und Fachwissen über die Polonia in Deutschland fehlen“, heißt es im Brief vom 15. Dezember, also zwei Tage vor der Abstimmung im polnischen Parlament, über die Subventionskürzung für den Deutschunterricht als Minderheitensprache zugunsten des Polnischunterrichts im Ausland.

### Wissenschaftler und Forscher warnen vor negativen Folgen

Es folgten Petitionen polnischer Akademiker, Vertreter der Wirtschaft und Eltern, die für ihre Kinder muttersprachlichen Deutschunterricht beantragt haben. „Als Wissenschaftler und Forscher nationaler und ethnischer Fragen sind wir uns der weitreichenden negativen Folgen der Stigmatisierung jeglicher Minderheiten sowie potentieller Konflikte nationaler und ethnischer Natur bewusst. Daher protestieren wir entschieden gegen solche Verfahren und erwarten die Einstellung diskriminierender Aktivitäten“, steht es im offe-



nen Brief der Akademiker. Am 20. Dezember folgten Stellungnahmen aus dem Landtag der Woiwodschaften Ermland-Masuren, am 4. Januar aus der Woiwodschaft Schlesien. In diesen wird darauf hingewiesen, dass die Kürzungen entscheidend „die Jüngsten treffen – Kinder und Jugendliche aus Minderheitenkreisen, die in ihrem Recht eingeschränkt werden, ihre eigene Kultur und Sprache im Schulsystem zu pflegen.“

Die Jugendorganisation der Deutschen in Polen BJDM startete die Aktion #sprachlos (#niemaMowy). Die Symbolik ist so einfach wie wirkungsvoll: „Jeder, der symbolisch seine Kritik an den Kürzungen des Deutschunterrichts als Minderheitensprache zum Ausdruck bringen will, macht ein Porträtbild mit der Hand vor dem Mund und lädt es in den sozialen Netzwerken unter #sprachlos hoch“, heißt es seitens des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit. Dieser Aktion haben sich bereits zahlreiche Aktivisten der Deutschen Minderheit angeschlossen. „Bis 1989 war der Deutschunterricht in der Woiwodschaft Oppeln verboten, ich konnte in der Schule kein Deutsch lernen, meine Eltern haben mit mir aus Angst vor Repressionen nicht in deutscher Muttersprache gesprochen. Seien wir nicht gleichgültig!“, schreibt die stellvertretende Marschallin der Woiwodschaft Oppeln, Zuzanna Donath-Kasiura, die unter anderem für die Bildung zuständig ist.“

#### Joachim Paul zur Mittelkürzung in Polen

Berlin, 7. Februar 2022.

#### **Bundeskanzler Scholz muss deutsche Minderheit besuchen.**

Zur Mittelkürzung für den muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit in Polen erklärt Joachim Paul, Mitglied im Bundesvorstand:

„So sehr wir den vorbildlichen Einsatz der polnischen Regierung bei der Sicherung der EU-Ostgrenze vor illegaler Migration anerkennen, so sehr verurteilen wir die Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polen. War es schon unbefriedigend, dass die deutsche Minderheit auch über 30 Jahre nach der Wende über keine einzige staatliche Schule verfügt, in welcher der Unterricht auf Deutsch stattfindet – die polnische Minderheit in Litauen erfreut sich über rund hundert Schulen, die auf Polnisch unterrichten –, so werden nun auch die Fördermittel für den muttersprachlichen Unterricht in erheblichem Maße gekürzt. Statt bisher drei Stunden wird es künftig laut Deutschlandfunk vom 7. Februar 2022 nur noch eine Stunde pro Woche muttersprachlichen Unterricht geben.“

Die Begründung, in Deutschland würde kein Polnisch-Unterricht gefördert, ist irreführend und falsch. Irreführend, weil es in Deutschland zwar polnische Zuwanderer, aber keine polnische Minderheit gibt. Falsch, weil in den deutschen Bundesländern wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz tatsächlich Polnisch-Unterricht gefördert wird.

Wir unterstützen daher die Protestaktion des Bundes der Jugend der deutschen Minderheit in Polen. Darüber hinaus erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie Polen mit Entschlossenheit dazu auffordert, die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen (in Polen seit 1. Juni 2009 in Kraft) einzuhalten. Bundeskanzler Scholz sollte schnellstmöglich die deutsche Minderheit in Oberschlesien besuchen.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-zur-mittelkuerzung-in-polen/>

*Joachim Paul ist AfD-Landtagsabgeordneter in Rheinland-Pfalz und Beisitzer im Bundesvorstand der Alternative für Deutschland.*



## Das Wesen der Covid-„Impfstoffe“

### mRNS-Präparate erhöhen die Anfälligkeit gegenüber Corona-Viren – Omikron wird ein natürliches Ende der „Pandemie“ hervorrufen.

Von Thomas W. Wyrwoll

Zum Ende des "Jahres 2 nach Corona" geben zwei auf Medrxiv vorveröffentlichte landesweite Studien aus dem US-Vorfeld in Europa Einblicke in die katastrophalen Wirkungen der Zentralen in den westlichen Ländern gegen das SARS-CoV-2-Virus verabreichten „Impfstoffe“.

Die erste Studie wurde am 14.12.2021 freigeschaltet und behandelt die Impfeffektivität in England. Ihre Ergebnisse finden sich auch im von der britischen Gesundheitsbehörde *UK Health Security Agency* herausgegebenen „COVID-19 vaccine surveillance report“ in seiner aktuellsten Ausgabe (50/2021). Bemerkenswerterweise stellen sie insbesondere dem „eigenen“ Präparat, d.h. dem des britisch-schwedischen AstraZeneca-Konzerns, ein auffallend schlechtes Zeugnis aus: Während etwa das Pfizer-BioNTech-Produkt Comirnaty (= P) zwei bis drei Monate nach der Grundimmunisierung seine höchste Wirksamkeit gegen einen Ausbruch der Ur-Variante von SARS-CoV-2 mit Durchschnittswerten von über 90% erreicht (und danach spürbar schwächer wirkt), erreicht AstraZenecas Vaxzevria (= AZ) nach 2 bis 9 Wochen seinen Höhepunkt bei nur rund 80%. Bereits gegenüber der nahe verwandten Delta-Variante wirken beide Mittel deutlich weniger, wobei P schon nach zwei Monaten im Vergleich zu seinem Einfluss auf die Ur-Form des Virus' deutlich abschmiert und AZ von Anfang an niedrigere Werte zeigt, die selbst *idealiter* kaum über 60% hinausweisen (und danach wiederum stark absinken). Einzig das neue und daher laut den Autoren in seiner Wirksamkeit kaum einschätzbare Spikevax von Moderna (= M) zeigt hier bessere, aber ebenfalls bereits nach zwei Monaten erkennbar reduzierte Werte. Auch im Hinblick auf Hospitalisierungsraten und Morbidität würde das P-Präparat deutlich günstiger abschneiden und wird daher von den Briten sowohl zur Grundimmunisierung wie zur Boosterung empfohlen.

Laut britisch-dänischen Studien  
erhöhen die mRNS-„Impfstoffe“  
Anfälligkeiten für Corona-Viren.

Völlig anders sehen die britischen Ergebnisse hingegen gegenüber der neuen Omikron-Variante aus: Während die "IE" bei P-Gabe fast sofort um mehr als 20% niedriger ausfällt als bei Delta (den noch eindrücklicheren Vergleich zu Alpha ließ man wohl bewusst aus), liegen ihre Werte für AZ-Doppelt-„Geimpfte“ nicht nur deutlich darunter, sondern erreichen regelmäßig negative Werte von bis zu etwa **minus** 60 %. Erst durch eine Boosterung mit dem P-Erzeugnis würden sich diese – zunächst – der Effektivität bei Delta anzunähern. Die im Vergleich zu „Ungeimpften“ höheren Infektionsraten der Spritzenempfänger durch Omikron versuchen die Autoren durch Spekulationen zu „möglichen statistischen Verzerrungen“ wie einer Überrepräsentation alter Menschen mit Vorerkrankungen wegzuerklären, für die sie allerdings keine Zahlengrundlage besitzen – was bei der ansonsten detaillierten Erfassung von Alter, Geschlecht, Herkunft usw. zumindest fragwürdig anmutet. Bezeichnenderweise werden denn auch keine Rohdaten beigegeben.

Die zweite am 22.12.2021 von Infektionsspezialisten des Staatlichen Serum-Instituts Kopenhagen zur Impfeffektivität in Dänemark im Bezug zur Omikron-Variante veröffentlichte Studie stellt in sehr ähnlicher Weise eine zunächst halbwegs passable, dann aber extrem rasch schwindende Wirksamkeit von P und dem hier eingangs (entgegen jeder vorgeblichen innerskandinavischen Solidarität) stärker verwendeten, wie beim Pfizer-Produkt ebenfalls mRNS-basierten Moderna-Erzeugnis (dessen Ausbringung man dann gemeinsam mit Schweden Anfang Oktober aussetzte) gegen Delta sowie deren bereits eingangs nur geringe und danach schnell abnehmende Schutzwirkung gegen Omikron heraus. Unter Verweis auf ihre britischen Kollegen und „den exponentiellen Anstieg der Omikron-Fälle“ fordern die Dänen abschließend und nachdrücklich „eine massive Ausbringung von Impfungen und Booster-Impfungen“ – und reihen sich damit in die Schar jener Mediziner ein, die sich in Werbung für das Produkt des US-Pharmagiganten ergehen.

Wirklich spannend ist allerdings nicht der Text, sondern ein Blick in die dem Artikel beigegebenen Zahlen: Auch hier stellte sich nämlich, und zwar bei beiden Produkten, drei bis fünf Monate nach dem standardisiert angenommenen „Erreichen des Impfschutzes“ bei Omikron ein negativer IE-Wert ein. Durchschnittlich betrug dieser **minus** 76,5 (-95,3 bis -59,5) für das Pfizer- und minus 39,3 für das Moderna-Erzeugnis. Negative Werte tauchten bei P auch bereits nach 1 bis 3 Monaten und bei M sogar schon vom ersten Monat an auf. Die Gefahr einer Ansteckung mit Omikron nahm daher durch die Injektion der „Impfstoffe“ also nicht ab, sondern ganz im Gegenteil zu – und zwar in weitaus höherem Maße, als sie zu irgendeinem Zeitpunkt nach der Spritzung jemals abgenommen hatte. Demgegenüber bestand im Bezug zur Delta-Variante auch weiterhin noch ein gewisser Schutz. Die rein spekulative Vermutung der Autoren, die negativen IE-Werte würden sich durch das zu sorglose Verhalten von jugendlichen „Geimpften“ und einzelne so ermöglichte Hochinfektionsereignisse erklären, ist durch keinerlei statistische Werte belegt und wird darüberhinaus durch die sich deutlich anders entwickelnden Delta-Zahlen zumindest

stark in Zweifel gezogen. Dass die Briten für ihre Negativwerte kranke alte, die Dänen für dasselbe Phänomen aber agile junge Spritzenempfänger verantwortlich machen, wofür es dann auch noch in beiden Fällen keinerlei materielle Basis gibt, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Statistisch erscheint klar: Hätte man den Spritzenkunden das jeweilige Mittel nicht injiziert, hätten sich die Betroffenen deutlich seltener mit Omikron infiziert.

Die Pharmaindustrie bietet ein  
„Abonnement des Todes“  
und betreibt Immunklaverei.

Die britischen wie die dänischen Zahlen bestätigen eindrucksvoll, was der Verfasser dieses Beitrags vor gut anderthalb Jahren aus damals noch rein (bio-)logischen Gründen vorhersagte: mRNA-„Impfstoffe“ würden bestenfalls gegen die ihnen zugrundeliegende, zum Zeitpunkt ihres Einsatzes aber bereits historische Version eines Virus' zunächst passabel wirken, um danach sehr bald in ihrem Nutzen abzunehmen und durch ihre potentiell dauerhafte unsinnige Inanspruchnahme der natürlichen und eben nur begrenzten körpereigenen Immunabwehrmöglichkeiten eine negative Wirkung zu zeitigen. Die Pharmaindustrie aber hätte genau diesen Effekt im Blick, um ihren Kunden eine endlose Folge von „Boosterungen“ bzw. „Ergänzungsimpfungen“ anzudienen, um einerseits die sich nach jeder Injektion verstärkende Immunschwächung und andererseits die sich zwangsläufig neu entwickelnden Virus-Varianten zeitweilig auszugleichen. Die Betroffenen geraten so in einen Teufelskreis, den man zumindest mittel- bis langfristig mit Fug und Recht als „Abonnement des Todes“ bezeichnen kann. Wenn man allerdings rasch aus diesem System der Immunklaverei ausbricht und sich weiteren „Boosterungen“ versagt, geben die Daten der neuen Studien durchaus Hoffnung: Durch die Ausbreitung der medizinisch praktisch völlig harmlosen Omikron-Variante, die den negativen „Schutz“ der Pseudo-Impfstoffe naturgemäß leicht überwindet und sich – erfreulicherweise! – auch in der „ungeimpften“ Bevölkerung rasant ausbreitet, dürfte sich – wie bei anderen Arten von Viren auch – genau jener allgemeine (und durch seinen im Vergleich zu den beworbenen Gen-„Impfstoffen“ an den biologisch richtigen Stellen ansetzende) breite Natur-Immunschutz vor SARS-Viren aufbauen, der dann sehr schnell ein Ende der „Pandemie“, zumindest in ihrer faktischen Form, herbeiführt.

### Bessarabien: Ein historischer Überblick

Aus aktuellem Anlaß: Neben Königsberg ist *Transnistrien* [rum. Transnistria; ukrain. Prydnistrovs'ka; russ. Pridnestrovie] im derzeitigen russisch-ukrainischen Konflikt eine *russische Enklave*, ein von fremden Territorien umschlossene Gebiet. In diesem derzeit mit Emotionen beladenen und sich weiter zuspitzenden Konflikt spielen sicherheitspolitische Aspekte die Problematik der beiden russischen Enklaven seltsamerweise *keine* Rolle. Die heute noch immer mehrheitlich rumänisch geprägte *Republik Moldau*, eine ehemalige Sozialistische Sowjetrepublik, ging vor dreißig Jahren teilweise aus dem Gebiet der *historischen* Region Bessarabien hervor.

Bessarabien [rum. Besarabia; ukrain. Bessarabja] ist eine zwischen den Flüssen Pruth [rum. Prut,; ukrain. Prut] und Dnjestr [rum. Nistru; ukrain. Dnjestr, den die Ukrainer auch *Tyras* nach altgriechischen Vorlagen nennen] und dem Schwarzen Meer gelegene Region; nur der Süden, der sogenannte Budschak und der äußerste Norden, gehören heute zur Ukraine. Der Dnjestr bildet die Grenze zwischen der Republik Moldau [rum. Moldova] und dem russischen Transnistrien, das wiederum östlich von der Ukraine begrenzt wird.

Der Name Bessarabien geht ursprünglich auf das rumänische Fürstengeschlecht der *Basarab* – das ursprünglich in der historischen Walachei beheimatet war – zurück und bildete zusammen mit der Landschaft zwischen den Ostkarpaten und dem Pruth (der heutigen zu Rumänien gehörigen Landschaft Moldau) das *historische Fürstentum Moldau*; erst russische Ambitionen bewirkten im 18. und 19. Jahrhundert, daß die rumänische Moldau und Bessarabien getrennt wurden. Die Moldau und die südlich der Karpaten gelegene Walachei waren auch als *Donaufürstentümer* bekannt, bis sie sich 1861 zuerst zum Fürstentum, später zum Königreich Rumänien, zusammenschlossen; Karl, ein Hohenzollernprinz aus der Sigmaringer Nebenlinie bestieg später den Thron in der dann gemeinsamen Hauptstadt Bukarest.

Das Fürstentum Moldau geriet 1511 unter osmanische Lehensherrschaft, zwischen 1712 und 1821 wurde das Land von sogenannten griechischen Hospodaren (von der Hohen Pforte eingesetzte orthodoxe Statthalter) beherrscht. 1774 fiel die Bukowina (Buchenland) an das Habsburgische Reich. Das historische Bessarabien hingegen kam 1367 zum Fürstentum Moldau, schon 1503 fiel es an das Osmanische Reich. Im Frieden von Bukarest, der 1812 den russisch-türkischen Krieg beendete (das Osmanische Reich hatte sich in den napoleonischen Kriegen Frankreich angeschlossen) an Rußland. In der Folgezeit wurden deutsche Siedler, vom russischen Zar gerufen und gefördert, aus dem deutschen Reich – vorwiegend in dem 1810 von den Tataren zurückeroberten Süden, dem Budschak – in Bessarabien angesiedelt.

Die mehrheitlich rumänisch sprechenden Moldauer Bessarabiens wurden einer harschen Russifizierung unterworfen. Die 1812 in Bukarest den rumänischen Grundbesitzern (Bojaren) zugesagte Unabhängigkeit beendete Rußland bereits 1829, als Bessarabien zu einem normalen Gouvernement herabgestuft wurde. Man versuchte, insbesondere die bessarabischen Eliten in die russische Kultur zu assimilieren: Selbst orthodoxe Gottesdienste in Rumänisch wurden 1833 untersagt; der Unterricht auf Rumänisch ab 1860 ganz verboten.



Fortsetzung von S. 5

Die südlichen Kreise Bolgrad, Cahul und Ismail gehörte zwischen 1856, dem Ende des Krimkrieges, bis zur neuen Grenzziehung nach dem Berliner Kongreß (1878) zu Bessarabien und wurden dort erneut Rußland zugeschlagen. Damit hatte Rußland wieder den Zugang Bessarabiens zum Schwarzen Meer erreicht und grenzte direkt an die Donau. Im russischen Ausgreifen Richtung Konstantinopel, gegen das ökonomisch und politisch kränkelnde Osmanische Reich wurde Bessarabien zum militärischen Aufmarschgebiet.

Mit dem Ausbruch der russischen, danach der bolschewistischen Revolution erlebte Bessarabien eine kurze Zeit der Unabhängigkeit. Rumänien war von den Mittelmächten besetzt, aber durch den mit diesen 1918 geschlossenen Frieden von Bukarest handlungsunfähig. In der Aufbruchstimmung der bürgerlichen Revolution in St. Petersburg gründeten rumänische Intellektuelle im April 1917 die Nationale Moldauische Partei und wählten einen Landrat (Sfatul Țării), der zu etwa 70 % von Rumänen dominiert wurde.

Die Spannungen zwischen Rumänen und anderen ethnischen Gruppen blockierten die effektive Arbeit des Landrats: Am 15. Dezember 1917 erklärte sich Bessarabien als Moldauische Demokratische Republik im Rahmen der Russischen Sowjetrepublik *unabhängig*. An einen friedlichen Aufbau war dennoch nicht zu denken, denn durch die Revolutionswirren sowie der Auflösung der russischen Armeen im Osten wurde das Land von russischen Soldaten überflutet. Bereits im Januar 1918 beriet der Landrat über ein Hilfeseuchen an Rumänien. Ein Teil des Landrats war bereits mit rumänischen Vertretern in Geheimverhandlungen getreten.

Andererseits war man in Rumänien wegen den revolutionären Umtrieben im Osten besorgt: Am 20. Januar 1918 beschloß die rumänische Regierung die Annexion Bessarabiens und die Einführung des Kriegsrechts. In den laufenden Vorfriedensverhandlungen mit den Mittelmächten in Buftea (in der Nähe bei Bukarest) war in einer geheimgehaltenen Klausel Rumänien in Bessarabien freie Hand zugesichert worden.

Der rumänisch dominierte Landrat stimmte am 6. Februar 1918 mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit von Sowjetrußland und schon am 27. März 1918 (im orthodoxen Kalender, 9. April 1918 im lateinische Kalender) für den *bedingten* Anschluß an das Königreich. In der nach dem Sieg der Westalliierten aufkommenden Euphorie sprach sich der Landrat am 10. Dezember 1918 für den bedingungslosen Anschluß an Rumänien; in den Pariser Vorortverträgen wurde dieser von den Westalliierten abgesegnet. Da die Sowjets an diesen Verträgen nicht beteiligt waren, fühlte sich die russische Minderheit im Land zwischen Pruth und Dnjestr übergangen, was für die Zukunft nichts Gutes versprach; die Machthaber in Moskau sahen die *Bessarabienfrage* weiterhin als ungelöst an.

Nach ethnisch und politisch motivierten Ausschreitungen 1924 im Kreis Akkerman wurde in Bessarabien die Kommunistische Partei, die die Zugehörigkeit des Landes zum Königreich in Frage stellte, verboten. Der Name Akkerman (türk. Weiße Burg; dt. Weißenburg; rum. Cetatea Alba, ukrain. Bilhorod-Dnistrowskyi) geht auf eine bedeutende Festung am Dnjestr-Liman (Meerbusen) zurück; diese wurde auf der *Tyras* genannte antik-miletische Kolonie erbaut. Die Sowjetunion gründete Oktober 1924 aus einem der Ukraine herausgeschnittenen Landstreifen östlich des Dnjestr einen *cordon sanitaire*, den sie Autonome Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik nannte: Hauptstadt wurde anfangs Tiraspol, später Balta: Die russische Enklave Transnistrien, mit der Hauptstadt *Tiraspol* hat somit historische Wurzeln, was das Festhalten Moskaus an dieser Region erklärt.

Im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt wurde vom Dritten Reich u. a. auch Bessarabien Sowjetrußland zugeschlagen: Mit deren Abtretung begann für die deutsche Bevölkerung eine erzwungene „Umsiedlung“ in das eben vom Reich annektierten Wartheland, den späteren Warthegau.

Diese Odyssee der Bessarabiendeutschen wird in einer weiteren Folge dargestellt.

Die Karte: Europa zwischen den Weltkriegen ist dem Historischen Weltatlas, Wiesbaden 2004, S. 111 entnommen.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



## Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

**Zwischen Preußen und Russen: Archäologische Funde aus Ostpreußen zwingen zu einem Wechsel in der Geschichtsbetrachtung**

Bei den Bauarbeiten für die Ringstraße um die Samland-Halbinsel vor der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg haben Archäologen der Samländischen Archäologischen Expedition der Rußländischen Akademie der Wissenschaften ein Gräberfeld aus altpreußischer Zeit gefunden, das viele bisher verbreitete Ansichten zur Frühgeschichte des baltischen Raumes verändern dürfte.

Bei den Funden handelt es sich um Zeugnisse der Samländisch-Natangischen Kultur des 4. bis 7. Jahrhunderts nach Christus, die von Vorfahren der historischen Preußen stammen. Die Archäologen konnten bisher Gräber von Männern, Frauen und Kindern sichern, in denen sich unter anderem Fibeln und andere Schmuckstücke v. a. aus Bronze und Silber, zahlreiche Überreste von Waffen, Keramikgefäße und römische Münzen fanden. Die Forscher rechnen mit insgesamt etwa 2.000 Bestattungen. Laut bisherigen Verlautbarungen handelt es sich in zahlreichen Fällen um sog. Elitegräber, in denen die Toten mit ein bis zwei Pferden bestattet wurden – in manchen Fällen fand man bis zu drei Tiere, wie Expeditionsleiter Konstantin Skworzow wissen ließ. Bisher glaubte man weithin, daß es bei den Vorfahren der Preußen keinen Krieger-Adel gegeben habe und das Volk vergleichsweise egalitär gelebt hätte. Mit dieser Annahme erklärten gewisse nationalistische Kreise im östlichen Europa lange Zeit gerne, wie es dem Deutschen Orden möglich gewesen sei, das Gebiet Altpreußens zu erobern: Gutbewaffnete Ritter hätten, eben „typisch deutsch“, friedliche baltische Bauern niedergemacht. Wie Anna Mastykowa, Leitende Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Archäologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften, erklärte, müsse man die Theorie einer fehlenden gesellschaftlichen Stratifizierung angesichts der neuen Funde revidieren. Dem kann man in der Tat nur zustimmen: Angesichts der Masse der neuen Funde werden auch hartgesottene Anhänger überkommener Geschichtsklischees nicht umhinkommen, einen nun unausweichlichen Paradigmenwechsel vorzunehmen.



Fibeln und andere – echte wie unechte – archäologische Funde aus Russisch-Ostpreußen.  
(Foto: Pressedienst der Regierung der Oblast Königsberg/Kaliningrad.)

Nach Einschätzung der regionalen Archäologen verspricht das Gräberfeld, die Königsberger Oblast zu einer der in vorgeschichtlicher Hinsicht bedeutendsten Regionen ganz Rußlands zu machen. Laut Mastykowa habe man aus diesem Grund im Archäologischen Institut der Rußländischen Akademie der Wissenschaften beschlossen, den gesamten Fundkomplex vollständig zu ergraben. Der Königsberger Gouverneur Anton Alichanow bezeichnete das Gräberfeld bei einem Besuch als „wahrscheinlich eine der nach Qualität und Umfang reichsten Entdeckungen (der Archäologie)“ und kündigte an, daß man in der Königsberger Gebietsregierung die Errichtungen einer speziellen Sammlung für die Fundstelle, möglicherweise in Form eines Museums, diskutieren werde. 2022 wolle die Oblast in jedem Fall umfangreiche Haushaltsmittel für weitere Grabungen bereitstellen. Schließlich bezögen sich die Funde „auf eine Zeit, als die Waräger in die Rus zogen“. Er hoffe auf spannende Funde, wie jene „Urkunden mit angehängten Siegeln, die bereits gefunden wurden und darüber Zeugnis geben, dass die Alte Rus bereits in vordeutscher Zeit über aktive offizielle Kontakte mit den Stämmen verfügte, die in diesem Gebiet lebten.“

Fortsetzung auf S. 8



Fortsetzung von S. 7

Auch abgesehen davon, daß die neuen ostpreußischen Funde aus einer Zeit *vor* dem Entstehen der Rus stammen und sich die russische Regierung noch unlängst mit einem Paket an nationalen Propagandafilmen zur Begründung ihrer Staatlichkeit aus dem skandinavischen Warägertum heraus im eigenen Land eine blutige Nase geholt hatte, scheint der vielbeschäftigte junge Gouverneur sein vermutlich vom FSB verfaßtes Dossier für den Grabungsbesuch ein wenig oberflächlich gelesen zu haben: Tatsächlich war es der Verfasser dieses Beitrags, der vor gut fünf Jahren angesichts der Lancierung eines erkennbar gefälschten altrussischen Siegels durch die auch bei der jetzigen Grabung aktiven Neu-Königsberger Archäologen, mit dem diese schon damals eine frühe Verbindung Ostpreußens mit Rußland untermauern wollten, süffisant angemerkt hatte, daß es ihn angesichts des unnatürlich guten Erhaltungszustandes dieses Siegels nicht wundern würde, wenn man mit dem Siegel zusammen zugleich auch noch die damit bestätigte Urkunde gefunden hätte. Eine solche Urkunde gab es aber freilich nicht, allein schon da deren Erhaltung bei einem Bodenfund naturgemäß auszuschließen wäre. Der Inhalt dieses vom FSB kolportierten archäologischen Scherzes wurde nun offenbar vom Gouverneur für ein tatsächliches Grabungsergebnis gehalten.



Wie schon bei einem früheren Siegel-"Fund" dürfte es sich auch bei einem angeblich bei den Ausgrabungen entdeckten Konvolut von beinahe 100 Latrones-Steinen um eine Fälschung handeln.

(Foto: Pressedienst FKU Uprdor „Sewero-Zapad“)

Ähnlich wie im Fall des damaligen Siegels tauchte auch bei der jetzigen Grabung ein Fund auf, der förmlich nach einer Fälschung „riecht“: Ein Konvolut von an die 100 gläsernen Spielsteinen des vor allem unter Soldaten beliebten altrömischen Brettspiels Latrones, das über baltische Söldner in römischen Diensten nach Ostpreußen gekommen sein würde, hatte man bereits vor dem Besuch des Gouverneurs separat in den Königsberger Medien plaziert. Allein angesichts der Tatsache, daß diese Menge an Steinen jenseits aller üblichen spielpraktischen Notwendigkeiten liegen sollte und in ihrem Umfang auch gleich noch ein Vielfaches aller bekannten Funde solcher Stücke ausmacht – nach den Erhebungen der russischen Kollegen fand man bisher jeweils „höchstens 10 bis 30“, wobei der letzte Fund in Ostpreußen bereits 170 Jahre zurückliegt –, dürfte es sich auch hier wohl um eine etwas dick aufgetragene neuzeitliche „Zugabe“ handeln. Zweck der Aktion dürfte es gewesen sein, einen weiteren geo- und wohl auch durchaus eigennützig einen neuen forschungspolitischen Pflock einzuschlagen. Daß es sich bei dem Siegel"fund" von 2016 tatsächlich um eine Fälschung handelte, hatte anschließend übrigens der offenbar vom FSB über meine Äußerung in Kenntnis gesetzte frühere russische Leiter der Samländischen Archäologischen Expedition vehement verfochten und so die Ehre der rußländischen Archäologie wiederhergestellt.

Thomas W. Wyrwoll

Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll leitet die *AG Altertumsforschung im Arbeitskreis Ostdeutscher Naturforscher*, dem er gleichfalls vorsteht. Der AON ist der rechtliche und ideelle Nachfolger der 1789 im ostpreußischen Mohrunen gegründeten und 1989 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wiederbelebten Physikalisch-Ökonomischen Gesellschaft zu Königsberg in Pr.



Der



## Geschichte kontrovers

### Preußen: Ein historischer Staat wurde vor 75 Jahren aufgelöst

Im Beitrag „Finis Borussiae?“ (Cato 2/2022, S. 54ff.) stellt sich Karlheinz Weissmann die Frage: „Sollten wir 75 nach der »Auflösung des Staates Preußen« durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 dieses Kapitel deutscher Geschichte endgültig ad acta legen? Oder ließen sich aus dem »preußischen Staatsgefühl« durchaus noch Lehren für die Gegenwart ziehen?“

Das Kontrollgesetz vom 25. Februar 1947 stellte nur noch fest,

*„daß der »Staat Preußen«, seine Regierung sowie die nachgeordneten Behörden erledigt seien und das preußische Territorium, sofern nicht von der Sowjetunion oder Polen annektiert, entweder in Länder umgewandelt oder bereits vorhandenen Ländern angegliedert werden sollte.“*

Noch in den einleitenden Sentenzen hatte man festgestellt, „daß Preußen »in Wirklichkeit« schon nicht mehr bestehe“. Bis dahin war mit der Besetzung Preußens durch die Siegermächte eine unhaltbare, unübersichtliche Situation entstanden.

Ebenfalls in der Präambel des Kontrollgesetzes heißt es,

*„daß Preußen »seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« gewesen sei, weshalb seine Auflösung nicht nur »der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker« diene, sondern auch die Voraussetzung für den gedeihlichen Aufbau eines demokratischen und ungefährlichen Deutschlands sei.“*

Die Streichung Preußens von der Landkarte war die Konsequenz aus eines seit Jahrzehnten selbstgezümmerten Mythos:

*„Wenn dabei für die Franzosen die Erbitterung über die wiederholten militärischen Niederlagen gegen Preußen den Ausschlag gab – Leipzig, Waterloo, Sedan –, dann für die Angelsachsen das Ressentiment gegenüber dem Vetter auf dem Kontinent, zur unerwarteten Bedrohung ihrer Machtposition aufstieg“ (Seite 54).*

Während diese französische Betrachtungsweise „eher eine böswillige Karikatur“ war, war die Fokussierung der Anglo-Amerikaner auf Preußen eine etwas

*„differenziertere, aber gefährlichere Sicht auf »Prussianism«, »junkerism«, »bismarckism«, »kaiserism«, die unschwer mit dem Verdacht zusammenhing, die Deutschen pflegten im Grunde eine bizarre Form modernen Barbarismus, das sich aus ihrer nur oberflächlichen Bekehrung zum Christentum und dem fatalen Einfluß der Philosophie Nietzsches erklären lasse“ (Seite 56).*

Weissmann problematisiert in seinem lesenswerten Artikel noch weitere Punkte:

„Die Potsdamer Konferenz war ein gegen Preußen gerichteter Akt . . .

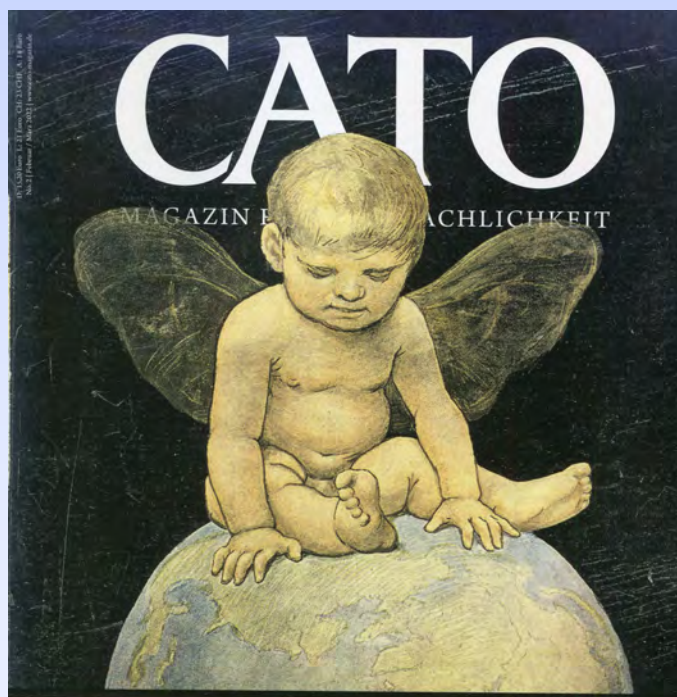
Wurde die Bundesrepublik in Rom gezeugt und in Washington geboren? . . .

Gab es 1981 [ in der DDR ] noch »ein leicht sehnsüchtig gefärbtes Interesse an Preußen«? . . .

Mit dem »antipreußischen Affekt« wird bis heute Politik gemacht.“

*Die Politik Preußens unter dem Reichskanzler Bismarck ist seit dem, von der heutigen Politikern bewußt vermiedenen Erinnerungsverweigerung zum 150-jährigen Jubiläum der Reichsgründung 1871 mehrfach Thema in unserem Vertrieben-Kurier.*

Herbert Karl



No. 2 | 2022  
**Welche Welt wollen wir?**  
Chaim Noll: Die große Gerechtigkeit  
Seite 49  
Till Kinzel: Der Anfang vom Ende der Grünen  
Seite 8  
Antoni Libera: Warum ich zum EU-Skeptiker geworden bin  
Seite 29

## Die Reichsgründung 1871:

### Die Verfassungsfrage des Deutschen Bundes und der Frankfurter Fürstentag

#### Teil 9

Der italienische Krieg von 1859 stellte die Frage der Bundeshilfe für Österreich. Der neue österreichische Außenminister Johann Bernhard Graf von Rechberg und Rothenlöwen, der Boul ablöste, entwickelte den Plan, der nach der Niederwerfung Sardinien und Frankreichs die *Zurückforderung des Elsaß' und Deutsch-Lothringens* beinhaltete; mit diesem Köder sollte Preußen in den sich abzeichnenden Konflikt gezogen werden. Auf die Interessen des „Dritten Deutschland“ ging der Plan nicht ein. Hier einhaken, schrieb Bismarck am 5. Mai 1859 seinen bekannten Brief an von Alvensleben, der die Passage mit dem *preußischen Aufbruch nach Süden* enthielt und in dem es weiter hieß, „die Grenzpfähle im Tornister mitnehmen und sie entweder am Bodensee oder da, wo das evangelische Bekenntnis aufhört, vorzuziehen, wieder einschlagen“ (Dietrich, S. 97).

Die bald darauf beginnende *Neuenburger Frage* stellte den Deutschen Bund erneut auf eine Zerreißprobe. Die Verquickung mit der noch immer schwelenden schleswig-holsteinischen Frage zeigte sich auch hier; wurde den Elbherzogtümern, dem geltenden Völkerrecht entsprechend, das *Selbstbestimmungsrecht* zugestanden, dann mußte es auch für Preußen gelten: Dieses hätte sein Recht gegen die abtrünnige Republik, ein royalistischer – von Preußen unterstützter – Aufstand scheiterte kläglich, durchsetzen können. Aber die Realpolitik brach das Völkerrecht: Großbritannien stellte sich hinter die Schweiz, die die Republik unterstützt hatte, Napoleon III. war auf Preußens Seite und der Deutsche Bund sagte, gemäß Art. 47 der Wiener Schlußakte, letzterem seine Unterstützung zu.

In einem späteren Brief sprach Bismarck erstmals offen aus,

„daß er die Stellung Preußens im Bunde als Großmacht für so unhaltbar hielte, daß dieses Verhältnis notfalls mit Gewalt beendet werden müsse; am 12. Mai 1859 schreibt er: »Ich sehe in unserm Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen«“ (Dietrich, S.97).

Spätestens jetzt wurde die preußische *Vorgehensweise* deutlich, auch wenn Bismarck noch nicht die Machtfülle und sein König noch nicht über den durch jenen gefestigten Militärapparat verfügte. Zudem wurde klar, daß dieses Vorgehen auch eine konfessionelle Unterspülung hatte und daß insbesondere Baden – in der Verbindung Roggenbach-Großherzog – sich als ein braver Verbündeter in diesem Vorhaben abzeichnete. Fundiert wurde diese Marschrichtung erstmals dann auf dem Frankfurter Fürstentag 1863.

Bereits im Juni 1860 wurde auf einem Fürstentreffen in Baden-Baden versucht, die *Bundeskriegsverfassung* zu reformieren. Dies scheiterte ebenso wie der Versuch Österreichs, den Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrages vom 29. März 1862 zu torpedieren; ebenso erging es dem erneuten Versuch, die Donaumonarchie in den Zollverein zu integrieren.

Bismarck machte bereits in den dahingehenden Verhandlungen seinen Führungsanspruch in Norddeutschland unmißverständlich geltend. Ebenso scheiterte am Widerspruch Hannovers und Kurhessens ein zwischen den Mittelstaaten und Österreich geplanter Reformversuch vom 22. Januar 1863, nachdem Bismarck mit dem – später fast schon zur Gepflogenheit gewordenen – Bundesaustritt drohte. Daß sein eigener Vorschlag einer Einberufung einer deutschen Bundesvertretung auf der Basis des Allgemeinen Wahlrechts von 1848 scheiterte, kann in diesem Zusammenhang nicht verwundern; zudem litt seine Glaubwürdigkeit angesichts seiner Desavouierung der preußischen Abgeordnetenversammlung im andauernden Verfassungskonflikt.

Österreichs Gegenzug erfolgte mit der *Einbeziehung* der Mittelstaaten auf dem Frankfurter Fürstentag im August 1863; der hier unterbreitete Reformvorschlag enthielt ein *Delegiertenparlament*, ein mehrköpfiges Bundesdirektorium und einen periodisch tagenden Fürstenrat (Dietrich, S. 99). Dieses, dem von Beust entlehnten ähnlichen Programm, hätte die Klein- und Mittelstaaten auf die Seite Österreichs gezogen, Preußen im Direktorium überstimmt und ein den Fürsten unbequemes, durch direkte und allgemeine Wahlen hervorgegangenes Parlament vermieden.

Fortsetzung auf S. 11



Fortsetzung von S. 10

Der Gegenvorschlag Bismarcks wiederholte das auf der Basis von *direkten Wahlen* zu bildende Bundesparlament und ein sich abwechselndes *duales* Direktorium zwischen Preußen und Österreich. Damit verband Bismarck die Nichtteilnahme seines Königs am Fürstentag. Ihm war klar, daß der Erfolg des Fürstentages mit der Teilnahme Preußens „stand oder fiel.“ Die Einladung zur Verfassungsreform des Deutschen Bundes erging durch den Kaiser persönlich direkt an den sich in Gastein in Kur befindlichen König Wilhelm am 3. August 1863. Wilhelm sprach sich hierbei für ein Vorbereitungstreffen der Außenminister aus. Bismarck hatte allerdings bis zu diesem Zeitpunkt noch versucht, Wilhelm von der Nichtteilnahme zu überzeugen. Erst einer dieser seltsamen Zufälle der Geschichte kam dem Minister zu Hilfe: Ein kaiserlicher Flügeladjutant traf eine Viertelstunde nach dem Gespräch mit Franz Joseph beim König ein und übergab ihm die förmliche Einladung für den 16. August nach Frankfurt (Lutz, S. 442f.).

Durch dieses Vorpreschen, ohne die Berücksichtigung der preußischen Einwände sah sich Wilhelm brüskiert; Bismarck konnte die königliche Absage nutzen: Damit war der österreichische Plan gescheitert. Die von der österreichischen Regie verstopfte Einladung stellte die Historiker im Nachhinein vor Einordnungsschwierigkeiten:

*„Heinrich von Srbik hat darauf verwiesen, daß dieser Vorgang eben mehr als nur ein dummer Zufall war; er wird nur verständlich, wenn man bedenkt, wie sehr das ganze Unternehmen auf das Überraschungsmoment und auf das >mit oder ohne Preußen< eingestellt war.“ (Lutz, S. 442).*

Unabhängig von der preußischen Absage war die Resonanz der deutschen Öffentlichkeit auf die kaiserliche Initiative äußerst *positiv*: Nach dem Untergang des alten deutschen Reiches eine verständliche Reaktion. Die durch die deutsche Revolution angestoßenen Energien waren verpufft. „Nun wandten sich die Hoffnungen auf eine würdige und machtvolle Ausgestaltung des nationalen Lebens dem kaiserlichen Erben der alten Reichstradition zu.“ Der Dichter Friedrich Hebbel begrüßte den Fürstentag:

*„Jetzt wird Deutschland sich einigen und mit den deutschen Provinzen Österreichs ein großes Reich bilden. Was soll es mit all den kleinen Königen, Herzogen, Kurfürsten, die müssen vor der künftigen Majestät ihre Krönlein ablegen und die Vasallen eines mächtigen deutschen Kaiser werden. Ich will dann eine Reichshymne dichten, die mit den Worten begönne: Gott vernichte, Gott zerspalte Grenzpfähle, Länderschranken.“ (Lutz, S. 442).*

Entsprechend reagierten auch die deutschen Fürsten: Alle nahmen am Fürstentag in Frankfurt vom 17. August bis 1. September 1863 teil. Die angenommene *Reformakte des Deutschen Bundes* vom letzten Tagungstag ist in der Sammlung der Verfassungsdokumente (Band 2) von Ernst R. Huber im Wortlaut wiedergegeben.

Das Inkrafttreten der Reformakte hing nur noch von dem Beitritt Preußens ab. Die sich abzeichnende Annahme des österreichischen Vorschlags, nur der Großherzog Friedrich von Baden vertrat die preußische Position, erwies sich damit doch nicht übereinstimmend mit den Vorstellungen der Mittelmächten. Die Nürnberger Ministerkonferenz vom 23. und 24. Oktober brachte die Gegensätze zwischen dem Nationalverein und dem Reformverein zu Tage. Mit der Ablehnung der preußischen *Präjudizialpunkte* durch Rechberg am 30. Oktober 1863 wurde die Reformakte Makulatur.

*Bild: Abschlußphoto Frankfurter Fürstentag, 1863, Quelle: Wikipedia, Abruf am 22. Februar 2022.*

#### Literatur

Richard Dietrich: Das Jahr 1866 und das »Dritte Deutschland«, in: ders.: (Hrsg.): Europa und der Norddeutsche Bund, Berlin 1968.  
Heinrich Lutz: Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815-1866, Berlin 1994.



Fortsetzung folgt

Herbert Karl

### Gedenken: Der 4. März 1919

Vor 100 Jahren, am 4. März 1919, starben 54 Sudetendeutsche im Kugelhagel tschechischen Militärs. Sie waren Teilnehmer an einer friedlichen landesweiten Demonstration für das in den Woodrow Wilsons „14-Punkten“ (1917) versprochene *Selbstbestimmungsrecht*. Und dennoch gab und gibt es Historiker, die die Tschechoslowakei als *Insel der Demokratie* bezeichnen.

Die Friedenskonferenz begann am 18. Januar 1919 in Versailles, just an dem Tag der Reichsgründung 1871: Den Völkern Österreichs hatte Präsident Wilson „die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung“ versprochen. Daher hatten die Sudetendeutschen keine Bedenken, die Welt mit einer Demonstration auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Der 4. März wurde ausgewählt, weil an diesem Tag in Wien der Reichsrat zusammentrat und die sudetendeutschen Abgeordneten aber an der Reise gehindert waren. Zur landesweiten Kundgebung hatte der Textilarbeiter und Sozialdemokrat Josef Seliger, Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Österreichs aufgerufen, und dieser Aufruf wurde in fast allen größeren Orten befolgt.

Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf mehr als eine Million. Auf die Demonstranten geschossen wurde in sieben Städten: Arnau, Ausig, Eger, Kaaden, Mies, Karlsbad, Sternberg.

Die Begräbnisse der Toten wurden zu eindrucksvollen Trauerbekundungen der Bevölkerung. Eine Entschädigung der Opfer lehnte der tschechische Staat später ab. Daher organisierten die Sudetendeutschen selbst eine Spendenaktion, um die schlimmste Not der Opferfamilien zu lindern. Die Koordination übernahm die damals noch deutsche Stadtverwaltung von Teplitz.

An der tschechischen Mythenbildung beteiligte sich sogar der Adalbert-Stifter-Verein. Er druckte 1994 einen Vortrag des tschechischen Autors Milan Augustin ab, der sich nur auf die Protokolle tschechischer Offiziere stützte und die davon abweichenden deutschen Zeugnisse verschwieg (Sudetenpost, 23.2.1995). Augustin eiferte darin aber nur Prof. Detlef Brandes, Düsseldorf, nach, der sich in seinem Buch über den „sudetendeutschen Herbst“ 1938 ausschließlich auf die tschechoslowakische Polizeiakten mit den entsprechenden deutschfeindlichen Ergebnis stützte.

#### Der 4. März 1919 in Mies (Westböhmen)

Aber es gibt Augenzeugenberichte von den Ereignissen des 4. März 1919. So schrieb Karl Hromada über die Demonstration in der westböhmisches Kreisstadt Mies in: *Land an der Mies*, 1984, S. 49 ff., folgendes:

*„Schon vorher hatte sich bei uns allerhand ereignet. Am 18. 11. 1918 wurde unsere Stadt nach 5 Uhr morgens von tschechischen Soldaten besetzt. Sie kamen von Pilsen mit dem normalen Zug in fünf Waggons. Als erstes überwältigten sie die Bahnhofswache unserer Volkswehr. Dann formierten sich drei Gruppen. Die erste zog hinunter zum Brückenturm, dann über den Trauerberg zur Kaserne und besetzte diese. Eine zweite zog durch das Kupkatörl (kleine Pforte) und den Parkeingang zur Bezirkshauptmannschaft und überrumpelte dort ebenfalls unsere Volkswehr. Eine dritte Einheit, mit schweren Infanteriewaffen, kam durch die Prager Gasse zum Ringplatz und nahm dort Aufstellung.*

*Dies alles vollzog sich im Schutze der Dunkelheit. Als es hell geworden war, begab ich mich zum Unterricht ins Gymnasium. Am Weg sah ich die Soldaten vor dem „Schwan“ (Gasthaus) und ging neugierig hin. Da kam ein Offizier auf mich zu, sah auf meinem Rockaufschlag mein schwarz-rotgelbes Band, riss es herunter und trat mit den Füßen darauf herum. Meinem Banknachbarn Ruben bei passierte dasselbe. Am nächsten Tag zog unser Professor Purkl nach dem Turnunterricht bei der Oktava mit Fahnen gegen Techlowitz an der Kaserne vorbei. Sie wurden von den Tschechen gestellt und abgeführt. Unser Direktor Knobloch mußte eilends hinaus, um sie zu befreien. Als überall Plakate angeschlagen wurden, die verkündeten, daß die Stadt mit sofortiger Wirkung vom tschechoslowakischen Staat in Besitz genommen worden sei, stieß dies auf einhellige Ablehnung der Bevölkerung. Ein Fräulein Jahn riss verbittert ein Plakat ab. Dafür wurde sie von Soldaten fast krankenhausreif geschlagen. Wir aber hatten schon von den vierzehn Punkten Wilsons gehört, die allen Völkern Selbstbestimmung versprochen. Alle Völker Österreich-Ungarns hatten diese erhalten, nur uns Sudetendeutschen wollte man sie verweigern. Darum kam es am 4. März 1919 im ganzen Sudetenland, auch in Mies, zu den Demonstrationen.“*

In Demut gedenken wir der sudetendeutschen Opfer des nationaltschechischen Terrors.

*Herbert Karl*



## Buchbesprechung

### Bücher und Hefte von PD Dr. Mathias Weifert

Weifert, Mathias: Die Entwicklung der Banater Hauptstadt Temeschburg, (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe III: Beiträge zur donauschwäbischen Volks- und Heimatforschung, Schulgeschichte, Band 36), München 1987, IV + 182 Seiten;

Weifert, Mathias (Hrsg.): Felix Milleker: Die Familie Weifert und das Brauhaus in Pantschowa 1722/23 – 1923, (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe III: Beiträge zur donauschwäbischen Volks- und Heimatforschung, Schulgeschichte, Band 51), 2. Auflage, München 1993, 36 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias: Die Durchsetzungsdynamik von Heimatvertriebenen und Aussiedlern beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau Deutschlands nach 1945. Philosophische Dissertation (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe I: Schriften der Arbeitsgemeinschaft Donauschwäbischer Lehrer, Band 13), München 1997, 300 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias (Hrsg.): Donauschwäbisches Unterrichtswerk. Fächerübergreifendes Lehrbuch für Jugendliche, (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe I: Schriften der ADL, Band 16), München 1997, 232 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias: Chronik der Arbeitsgemeinschaft Donauschwäbischer Lehrer 1947 – 1997, (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe I: Schriften der ADL, Band 17), München 1997, 164 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias: Die Donauschwaben – eine südostdeutsche Volksgruppe, (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe I: Schriften der ADL, Band 18), München 1998, 12 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias (Mitverfasser): Unser JA zum Leben, (= Deutsch-Unitarische Bausteine. Schriften zur Grundlegung einer Religion europäischen Geistes, Heft 3), Gießen 1999, 35 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias (Hrsg.): Eingliederung donauschwäbischen Kulturerbes, Schulpraktische Themen und Unterrichtsskizzen, 3. Band, (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe I: Schriften der ADL, Band 19), München 2002, 160 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias (Bearbeiter): Bibliographie Donauschwäbische Forschungs- und Lehrerblätter, Teil 2 (27. Jahrgang 1981 – 50. Jahrgang 2004, Folge 105 – 190), (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe I: Schriften der ADL, Band 20), München 2005, 24 Seiten;

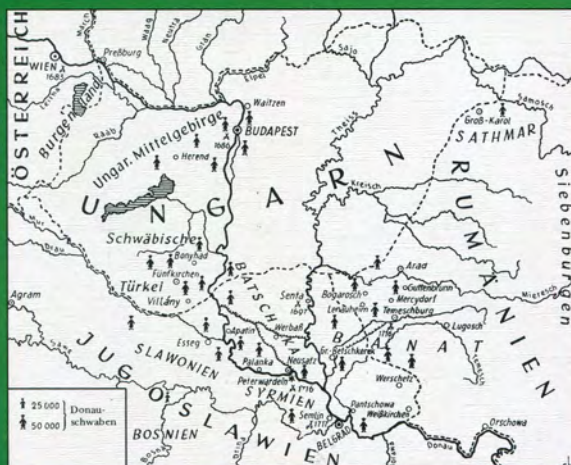
Weifert, Dr. Mathias (Mitherausgeber): Michael und Elfriede Adelhardt, geb. Kern: Ortssippenbuch Pantschowa – Pančevo, Banat, 1718 – 1877. Herausgegeben von der Ortsgemeinschaft Pantschowa, (= Schriftenreihe zur donauschwäbischen Herkunftsforschung, Band 113; Deutsche Ortssippenbücher, Reihe B, Band 338), Karlsruhe 2005, XXVII + 997 Seiten;

Weifert, PD Dr. Mathias: Das Abendland und die kulturelle Vielfalt Europas. Ein religionssoziologischer Beitrag zur interkulturellen Kommunikation, (= Schriftenreihe: Aus Forschung und Erfahrung, Band 5), Herborn 2005, 2. Auflage 2011, 3. Auflage 2017, 32 Seiten;

Weifert, Prof. Dr. Mathias: Im Banat, in Franken und Hessen-Nassau zuhause. Ein Beitrag zur Ahnenforschung (1323 – 2017), (= Donauschwäbisches Archiv – Reihe II: Beiträge donauschwäbischer Lehrer, Band 13), München 2005. Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage, Sersheim 2008. Dritte, verbesserte und vermehrte Auflage, Sersheim 2017, 292 Seiten;

Fortsetzung auf S. 14

### Donauschwäbische Siedlungsgebiete bis 1944



#### Wer ist ein Donauschwabe?

*Wer das Verbindende der Herkunft und Entwicklung in der Vergangenheit, das gemeinsame Schicksal und die gemeinsame Aufgabe der als Donauschwaben bezeichneten Menschengruppe in der Gegenwart erkennt und sich bewusst oder unbewusst dazu bekennt, kann zu den Donauschwaben gezählt werden.*

Fortsetzung von S. 13

Weifert, Dr. Mathias: „ . . . nicht von der Welt . . . “ (Johannes 15, 19, Joh. 17, 16)? Zur Religionssoziologie christlicher Sondergemeinschaften, (= Donaueschwäbisches Archiv – Reihe II: Beiträge donau-schwäbischer Lehrer, Band 20), Sersheim 2013, 16 Seiten;

Weifert, PD Dr. Mathias: Volksgruppenidentität, sozialer und kultureller Identitätswandel bei den sogenannten Donaueschwäben (1683 – 2008), Habilitationsschrift, (= Donaueschwäbisches Archiv – Reihe III: Beiträge zur donau-schwäbischen Volks- und Heimatforschung, Schulgeschichte, Band 161), München 2013, 628 Seiten;

Weifert, PD Dr. Mathias: Ich und Wir – Dualistisches versus unitarisches Denken in der Soziologie, (= Bausteine 6), Gießen 2014, 20 Seiten;

Weifert, Dr. Mathias: Die Erkenntnismethode des Begründers der soziologischen Lehrtradition in Dresden, Fedor Stepun (19. 2. 1884, Moskau – 23. 2. 1965, München), (= Donaueschwäbisches Archiv – Reihe II: Beiträge donau-schwäbischer Lehrer, Band 22), Sersheim 2014, 28 Seiten;

Weifert, PD Dr. Mathias: Geschichte und Soziologie der freigläubigen bündischen Jugend, (= Bausteine 7), Gießen 2015, 24 Seiten;

Weifert, PD Dr. Mathias: 150 Jahre deutsche Lebensreformbewegung (1867 – 2017), (= Schriftenreihe: Aus Forschung und Erfahrung, Band 8), Herborn 2017, 48 Seiten;

Weifert, Prof. Dr. Mathias: Die Sippe Weifert im Banat (= Donaueschwäbisches Archiv – Reihe II: Beiträge donau-schwäbischer Lehrer, Band 27), Sersheim 2017, 84 Seiten;

Weifert, Prof. Dr. Mathias (Hrsg.): Hans Brandenburg (1885 – 1968): Sonnwendspiel. Zur 50. Wiederkehr seines Todestages, (= Donaueschwäbisches Archiv – Reihe II: Beiträge donau-schwäbischer Lehrer, Band 34), Sersheim 2018, 64 Seiten.

Alle Bücher und Hefte von Mathias Weifert können beim Donaueschwäbischen Buchdienst im Oswald Hartmann Verlag, Postfach 1139, 74370 Sersheim, Fernsprecher: 07042/33604, E-Post: [oswald.hartmann@t-online.de](mailto:oswald.hartmann@t-online.de) bestellt werden.

die  
**cum-ex-**  
**files** Oliver Schröm

Der Raubzug der Banker,  
Anwälte und Superreichen –  
und wie ich ihnen auf die  
Spur kam

Oh Linker verurteilt!

Der neue Hahne  
streitbar – umstritten – lesenswert

Nur € 12,-

Peter Hahne  
Das Maß ist voll  
In Krisenzeiten hilft  
keine Volksverdummung

Das haben wir nicht verdient:  
Maskendeals mit Millionen-  
provisionen. Eine Lockdown-  
Politik, die Mittelständler in  
Existenznot zwingt. Kirchen, die  
alte Menschen beim Sterben allein  
lassen. Oder Medien und Parteien,  
die normale Spaziergänger zu  
Radikalen machen. Die Eliten ver-  
suchen es mit Volksverdummung:  
Gendern gegen den Willen  
der Mehrheit, Abschieben der  
Verantwortung für die Ahr-Flut,  
Verharmlosung des Islams mit  
seinen Muezzin-Rufen. Lassen wir  
uns nicht für dumm verkaufen.  
Es zählt die Wahrheit!

SPEI-GEL  
Bestseller-  
Autor

2 Bestseller in einem Taschenbuch  
Auf Anhieb Einstieg in die  
SPEI-GEL-Bestsellerliste

Nur € 10,-

QUADRIGA  
www.quadriga-verlag.de





Bildnachweis: [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/e/e8/Petrovaradin\\_%28Peterwardein%29\\_-\\_panorama\\_from\\_the\\_fortress\\_%28by\\_Pudelek%29.jpg/800px-Petrovaradin\\_%28Peterwardein%29\\_-\\_panorama\\_from\\_the\\_fortress\\_%28by\\_Pudelek%29.jpg?20120912115044](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/e/e8/Petrovaradin_%28Peterwardein%29_-_panorama_from_the_fortress_%28by_Pudelek%29.jpg/800px-Petrovaradin_%28Peterwardein%29_-_panorama_from_the_fortress_%28by_Pudelek%29.jpg?20120912115044)

### Reiseziel: Neusatz in Serbien

*2022 ist Novi Sad europäische Kulturhauptstadt*

Neusatz (serb. Novi Sad; ung. Ujvidék) ist die Hauptstadt der autonomen serbischen Provinz Vojvodina. Die Vojvodina erstreckt sich heute auf dem Gebiet des historischen Banats. Novi Sad liegt nördlich der Donau und der seit 1945 dazugehörige Stadtteil Petrovaradin (dt. Peterwardein) am südlichen Flußufer der Donau.

Auch wenn Serben die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, gibt es eine Anzahl von anerkannten einheimischen Minderheiten in der aus diesem Grund als *autonom* verwaltete Provinz: Neben der zahlenmäßig zweitstärksten Minderheit der Ungarn, haben Slowaken, Kroaten, Rumänen, Roma, Deutsche und Bulgaren den Minderheitenstatus erhalten. Nach einem älteren Brockhaus lebten vor 1940 noch etwa 6 500 Deutsche in Neusatz, sie stellten ein Zehntel der Bevölkerung. Neusatz war zu dieser Zeit ein kulturelles Zentrum der Banater Schwaben, Sitz des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes mit deutscher Tageszeitung und Zeitschriften.

Der Bau der am rechten Donauufer liegende Festung Peterwardein wurde 1694, kurze Zeit nach der Eroberung des Banats durch die Österreicher, noch während der sogenannte *Große Türkenkrieg* (1683 – 1699) im vollen Gange war, begonnen. Dieser löste eine Flüchtlingsbewegung, die sich im serbischen Geschichtsbewußtsein als *Velika Seoba* (Große Wanderung) festsetzte, in nördliche Richtung aus.

Im Frieden von Karlowitz (1699) wurde die Batschka, die Region westlich der Donau an Österreich abgetreten; die Türkenkriege endeten erst nach 1800. Das 1748 gegründete Neusatz wurde, da Serbien erst 1878 (Berliner Kongreß) seine Unabhängigkeit erlangte, zu einem geistigen und wirtschaftlichen Zentrum der serbischen Elite.

Mit dem Motto der europäischen Kulturhauptstadt „Für neue Brücken“ will Novi Sad an die kulturelle, historische und multiethnische Tradition des historischen Banats anknüpfen.

*Herbert Karl*

### **HOH(L)SPIEGEL:**

„Vielen herzlichen Dank für Ihre wichtige Arbeit für Aussiedler und Vertriebene. Diese Themen müssen wir in den diesjährigen Landtagswahlen vertiefen.“

Auszug aus einem Schreiben aus Düren in Nordrhein-Westfalen

HK

#### **Bildnachweis:**

*Alle Bilder und Graphiken stammen— wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.*

*Red./HK*

#### **Impressum**

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Carlw I

BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

**www.vadm-afd.de**

E-Mail:

**kontakt@vadm-afd.de**